

anders. Mit Demut und Sorgfalt, so sagt die designierte Fraktionschefin, sollten die Neuen ihr Amt annehmen. Man wolle »vernünftige Oppositionsarbeit« leisten. »An alle zukünftigen Bundestagsabgeordneten: Seien Sie sich Ihrer Verantwortung stets bewusst.«

Was Gauland und Weidel sagen, ist wohlüberlegt. Sie versuchen in ihren kurzen Ansprachen die ganze Breite der Bühne abzuschreiten, die sie von nun an bespielen können. Im Rückblick wird klar: Beide zeichnen schon in diesen ersten Stunden der neuen politischen Zeitrechnung die Entwicklung der kommenden Jahre

vor. Für das Land und für ihre eigene Partei.

Gaulands Aufruf zur Jagd folgt dem bekannten Duktus der AfD:

Provokation lautet die Taktik. Eines ihrer Mittel ist das Dagegensein – gegen alle anderen Parteien, gegen egal welche Bundesregierung, gegen Migration, Islam, die EU. Mit seinen Worten vom »Jagen« gibt Gauland den Plan vor: Stören als Prinzip. Die Disruption des demokratischen Miteinanders ist zwingend, um, so glauben radikale Denker in der AfD, den Staat »vom Kopf auf die Füße« zu stellen. Für Gauland sind Grenzüberschreitungen und das Schüren von Konflikten Teil der

Aufgabe, wenn die AfD »das Spektrum der politischen Debatte« erweitern will.

Weidels Appell erzählt dagegen etwas über das radikale, unberechenbare Potenzial in der eigenen Truppe und über die Fliehkräfte, welche die AfD an den Rand einer Spaltung bringen werden. Weidel selbst ist damals noch die Kandidatin des eher im Westen beheimateten Parteiflügels, der als konservativ und im bürgerlichen Milieu anschlussfähig verstanden werden will. Was die Politikerin damals nicht weiß: Die radikal rechten Kräfte gewinnen in den Folgejahren so viel Einfluss, dass

sie sich auf deren Seite schlagen wird.

Seit diesem Wahlabend liegen knapp vier politisch atemlose Jahre hinter Deutschland. Im Mittelpunkt der Aufregung steht bis zur Corona-Krise immer wieder die AfD. Seit der Wiedervereinigung hat nichts die politische Landschaft so sehr verändert wie diese Partei. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich rechts des konservativen Spektrums eine politische Kraft dauerhaft überregional verankert.

Mal fassungslos, mal empört schaut die Mehrheit der Wähler in dieser Legislaturperiode auf eine lange Reihe von Premieren: Vorher

unvorstellbare Tabubrüche gehören inzwischen so sehr zur Regel, dass man die Einzelheiten schnell wieder vergisst. Vorher unsagbare Wörter finden durch Dauerwiederholung ihren Weg in die Debatte. Das Parlament gerät durch Provokationen und Störungsversuche zeitweise an seine Grenzen, sodass es sich neue Regeln geben muss - und auch Fehler macht.

Lange hat es gedauert, bis die Mehrheit verstanden hat, dass man nicht von einem Ausrutscher ausgehen sollte, wenn von der NS-Zeit als »Vogelschiss« gesprochen wird. Ebenso planmäßig trägt die